

Der Wunsch nach Regierungswechsel und politischem Neustart

BEWERTUNG EINER REPRÄSENTATIVEN BEVÖLKERUNGSBEFRAGUNG IN APRIL/MAI 2021

Gut vier Monate für der Bundestagswahl fanden es mehr als 60% der Deutschen in einer repräsentativen Befragung »gut«, wenn die Bundesregierung in Berlin wechseln würde. Das sind die höchsten Werte, seit diese Frage Anfang der 1990er Jahre erhoben wurde, sagt die Bertelsmann-Stiftung. Lediglich noch jede achte Befragte fände einen Regierungswechsel »nicht gut«. Nur unter den Anhängerinnen der CDU/CSU befand eine relative Mehrheit von 37% (gegenüber 28%), dass ein Regierungswechsel nicht gut wäre. Breitet sich also politische Wechselstimmung im Land aus? Es scheint so.

Zwei Drittel der Befragten glauben auch, dass die »meisten Menschen in Deutschland« sich wünschen, dass die kommende Bundesregierung »in vielen Bereichen eine deutlich andere Politik macht«. Sogar die Hälfte der Unions-Anhänger glaubt, dass die meisten Menschen eine andere Politik wollen, zwei Drittel bis drei Viertel der Anhängerinnen und Anhänger von Linkspartei, SPD, Grünen und FDP - und über 90% der AfD-Anhänger.

Politikwechsel - Personenwechsel - Abwechslung?

So geht es aus den Ergebnissen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag von Bertelsmann-Stiftung, RBB-Inforadio und Süddeutsche Zeitung hervor.¹ Doch was ist von dieser Stimmungslage zu halten, wenn selbst die Anhänger der Kanzlerinnen-Partei mehrheitlich mit einem Wechsel der Regierung liebäugeln? Wollen sie auf politische Macht verzichten, Opposition werden? Sollen die regierenden Parteien wechseln oder das regierende Personal? Möchte man, dass die Union nicht mehr an der Regierung beteiligt ist, oder möchte man, dass statt Merkel, Seehofer, Spahn, Scholz, Scheuer usw. neue Gesichter an der Spitze stehen? Seit über zwei Jahren zumal ist bekannt, dass die Kanzlerin nicht erneut für das Amt zur Verfügung steht, also personelle Wechsel anstehen. Vielleicht sollte man den parteiübergreifenden Wunsch nach einem Wechsel verstehen aus »gefühltes Wissen«, dass es so wie bisher nicht weitergeht, und als Ausdruck auch innerparteilicher Richtungsstreitigkeiten - also als affektiven Rohstoff für politische Wendungen.

Und was besagt es über die gewünschte politische Richtung des Regierungswechsels, wenn die Anhängerinnen aller Parteien mit Ausnahme der Union zu mindestens zwei Drittel dafür sind? Offensichtlich unterscheidet sich die gegenwärtige Wechselstimmung von früheren. Ging es doch noch in den 2000er Jahren immer darum ging, ob nicht mal »die Anderen« die Chance bekommen sollten, es besser zu machen. Heute gibt es »die Anderen«, die oppositionelle Alternative zur Regierungskoalition, die Regierung im Wartestand, nicht. Regierungskoalitionen, also Parteien mit mehr oder weniger harten Koalitionsbekenntnissen stehen nicht zur Wahl, »Wechselstimmung« wird daher nicht mehr politisch gerichtet. Die Unzufriedenheit mit der bisherigen

¹ Hier zitiert nach Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Wer schafft's ins Kanzleramt? Mai 2021 - <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/wer-schaffts-ins-kanzleramt-all>

Regierungsarbeit vereint ein breites Spektrum von »Das kann (und muss) besser gemacht werden« bis hin zu »Das muss ganz anders gemacht werden«.

Worauf sich die Unzufriedenheit, der Wunsch nach einem Regierungswechsel bezieht und wie nachhaltig er wäre, wenn ein alternatives Bündnis zur Wahl stünde, bleibt im Ungefähren. Wahrscheinlich nähme der Wunsch nach einem Regierungswechsel unter Unions-Anhängern merklich ab, wenn die Alternative eine Grün-rot-rote Regierung wäre...

Prioritätenliste für einen politischen »Neustart«

Die hier berichtete repräsentative Umfrage legte den Befragten eine Liste von Politikbereichen vor mit der Bitte, diejenigen zu benennen, »in denen Sie sich eine deutlich andere Politik, einen Neustart wünschen«. Auch hier ging es bei den Antworten also nicht darum zu ermitteln, was wie anders werden soll, sondern wo etwas anders werden soll. Zwischen 51% und 55% der Befragten nannten die Bereiche »Umwelt- und Klimaschutz«, »Flüchtlingspolitik, Integration«, »Rente«, »Bildung«, »Bekämpfung der Corona-Pandemie« und »Wohnen, Wohnungsmarkt«, knapp die Hälfte auch »Gesundheit«, »Soziales, soziale Absicherung« und »Digitalisierung«. Bei Befragten, die sich selbst als »politisch interessiert« einstufen, lag »Umwelt- und Klimaschutz« mit Abstand vorne, ebenso unter in Westdeutschland lebenden Befragten. Unter Ostdeutschen waren »Flüchtlingspolitik, Integration«, »Bekämpfung der Corona-Pandemie« und »Bildung« die meist genannten Bereiche. Bei den unter 30jährigen standen »Digitalisierung«, »Bildung« und »Umwelt- und Klimaschutz« obenan, bei den über 60jährigen Befragten hingegen »Rente«, »Flüchtlingspolitik, Integration«. (Vgl. zur vollständigen Übersicht Tabelle 1 am Ende)

Neben den Unterschieden zwischen Ost und West, Männern und Frauen sowie den Altersgruppen (Generationen, Lebensphasen) bestehen selbstredend erhebliche Unterschiede zwischen den Anhängerinnen und Anhängern der Parteien. Für Befragte, die der Linkspartei zuneigen, stehen die Politikbereiche »Soziales, soziale Absicherung«, »Rente« und »Wohnen, Wohnungsmarkt« ganz oben auf der Liste für einen politischen Neustart. Bei der SPD gibt es keine entsprechend stark ausgeprägte Präferenz, eine Reihe von Politikbereichen liegt bei den Nennungen gleichauf. Bei den Grünen-Anhängerinnen liegt der Bereich »Umwelt, Klimaschutz« mit großem Abstand vorne, gefolgt von »Bildung« und »Wohnen, Wohnungsmarkt«.

Nur noch bei der AfD gibt es mit dem Politikbereich »Flüchtlingspolitik, Integration« ein Thema, das für nahezu alle Anhänger wichtig für einen politischen Neustart ist. Auch wenn es bei Unions- und FDP-Anhängern weniger ausgeprägte Themen-Präferenzen gibt, fällt doch auf, dass auch hier die Flüchtlingspolitik leicht vor anderen Themen rangiert. Bei allen drei Parteien spielt auch die Rentenpolitik eine bedeutende Rolle, die FDP-Anhängern beschäftigt dazu noch das Thema »Haushalt, Finanzen und Steuern« außerordentlich.

Umwelt- und Klimaschutz ist bei Anhängern und Anhängerinnen von Grünen, SPD und Linkspartei ein bedeutsamer gemeinsamer Politikbereich, für den ein »Neustart« gewünscht wird. Andere Themen, die für SPD- und LINKE-Sympathisanten besonders wichtig sind, sind es für Grüne nicht so. Für Parteien rechts der Mittellinie stellt das Thema »Flüchtlingspolitik, Integration« einen Bereich verbindender Politik dar. Parteiübergreifend ist mit Ausnahme der Grünen-Anhänger »Rente« ein gemeinsames Thema.

Daneben gibt es eine Reihe von Politikbereichen, in denen meist parteiübergreifend kein besonders wichtiger Veränderungsbedarf gesehen wird, also zum Beispiel Europa-, Außen- und Familienpolitik, auch Gleichberechtigung.

Politikbereiche, die für Anhängerinnen verschiedener Parteien auf der Prioritätenliste für politische Änderungen weit oben stehen, bilden sowohl ein Feld für die Formulierung gemeinsamer politischer Anliegen (Projekte) als auch für konfrontative, polarisierende Auseinandersetzungen mit anderen Parteien im Sinne alternativer Konzepte und Lösungen.

Politikbereiche, die für die Anhänger nur einer bestimmten Partei von herausragender Bedeutung sind, eignen sich hingegen dafür, als Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Parteien herausgestellt zu werden und dadurch nicht nur bereits sympathisierende Wählerinnen und Wähler zu binden, sondern auch solche von anderen Parteien zu gewinnen, denen dieser Bereich inklusive der vorgeschlagenen politischen Richtung ebenfalls besonders wichtig (und wahlentscheidend) ist, die diesen aber von ihrer Partei nicht ausreichend berücksichtigt sehen.

Der Unterschied, den Anhängerinnen und Anhänger der Linkspartei machen

Tabelle 2 zeigt in diesem Sinne die Abweichungen in den Gewichtungen nach den sozialen und politischen Merkmalen vom Durchschnitt aller Befragten. Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung, Verkehr, Europa und Außenpolitik sind eher Themen für politisch Interessierte; Umwelt- und Klimaschutz sowie Gleichberechtigung sind eher Themen für Frauen als für Männer, Digitalisierung eher für Männer und Jüngere als für Frauen und Ältere.

Die unterscheidenden Politikbereiche der Jüngeren sind Digitalisierung, Gleichberechtigung, Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, Verkehr. Eine Partei, die auf die Stimmen der Jüngeren besonderen Wert legt, wird diese Politikbereiche in den Mittelpunkt stellen. Es sind zugleich diejenigen, die für Ältere unterdurchschnittlich bedeutsam sind, deren wahrscheinlich wahlentscheidende Themen damit aber hinten an gestellt würden.

Für die Linkspartei zeigt Tabelle 2 in Relation der Wunschlisten der Parteianhänger und aller Befragten die besondere Bedeutung der Politikbereiche »Soziales, soziale Absicherung«, »Rente«, »Wohnen, Wohnungsmarkt« - und »Familie« (der aber insgesamt auf der Liste hinten steht²). Flüchtlingspolitik, Bildung und Gesundheit sind für Linke-Anhängerinnen ebenfalls noch wichtiger als für den Durchschnitt aller Befragten.

Die Tabelle 3 zeigt das Ergebnis der Befragung unter dem Blickwinkel, wie sich die Anhänger und Anhängerinnen der Linkspartei von den anderen Parteianhängern und Merkmalsgruppen unterscheiden. Grün markiert sind dabei die Bereiche, die für Anhänger der Linken wichtiger sind, rot die unwichtigeren. Über alle Merkmale hinweg sind es wiederum »Soziales, soziale Absicherung«, »Rente«, »Wohnen, Wohnungsmarkt« (und »Familie«), die die Linken-Anhängern deutlich für einen politischen Neustart präferieren. Politische Veränderungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, Gleichberechtigung, Verkehr und Digitalisierung stehen eher in Verbindung mit Prioritäten bei Grünen und FDP. Die Prioritäten der Linken-Anhängern unterscheiden sich mit am stärksten von denjenigen der Jüngeren: unter denen sind die Bereich »Umwelt- und Klimaschutz«, »Digitalisierung« und »Gleichberechtigung« weitaus wichtiger und die Themen »Rente«, »Soziales«, »Flüchtlingspolitik« und Wohnen weitaus unwichtiger als unter den Befragten mit politischer Neigung zur Linken.

² Eine statistisches Artefakt wegen niedriger Fallzahl ist nicht auszuschließen.

Unterstellt, dass die Parteineigung verschiedene Motive haben kann, also z.B. einerseits einer grundsätzlichen ideologischen Orientierung entstammen kann oder z.B. andererseits einer wahrgenommenen Übereinstimmung zwischen den eigenen Prioritäten und denen der Partei, so deuten die Ergebnisse dieser Befragung für die Linkspartei doch stark darauf hin, dass die parteiintern geführten Debatten um die Bedeutung identitätspolitischer und verteilungspolitischer Themen an den Wahrnehmungen und Erwartungen der potentiellen Wählerinnen und Wähler vorbeigehen. Alle im Verhältnis zu den anderen Parteien grün markierten Politikfelder in Tabelle 3 (unten) stehen für verschiedene alltägliche Facetten der sozialen Frage und die Linke als die Partei, für die diese Fragen oben auf der Prioritätenliste stehen.

Tabelle 1: Übersicht Gesamtergebnis

Politikbereiche, in denen ein politischer „Neustart“ gewünscht wird											
Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, Face-to-face-Umfrage 23.04. bis 06.05., 1.028 Befragte - Deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahre											
<i>Fragetext: Einmal unabhängig davon, ob Sie sich einen Regierungswechsel wünschen oder nicht: Sind hier auf dieser Liste Politikbereiche, in denen Sie sich eine deutlich andere Politik, einen Neustart wünschen? Ja, und zwar ...</i>											
Politikbereich	Gesamt	Politisches Interesse		Region		Geschlecht		Altersgruppen: von – bis Jahre			
		Ja	Nein	West	Ost	Männer	Frauen	16-29	30-44	45-59	60 u. ält.
Umwelt- und Klimaschutz	55,4 %	61,8 %	46,7 %	57,0 %	47,9 %	51,9 %	58,6 %	59,6 %	53,2 %	61,5 %	49,7 %
Flüchtlingspolitik, Integration	54,9 %	53,9 %	56,1 %	52,4 %	65,9 %	57,8 %	52,1 %	46,7 %	57,0 %	56,7 %	56,2 %
Rente	53,9 %	51,3 %	57,4 %	52,6 %	59,6 %	53,6 %	54,2 %	41,4 %	52,5 %	56,8 %	58,6 %
Bildung	52,4 %	53,4 %	51,1 %	49,9 %	63,6 %	53,1 %	51,8 %	60,2 %	60,2 %	51,3 %	44,8 %
Bekämpfung der Corona-Pandemie	52,1 %	52,3 %	51,8 %	49,3 %	64,7 %	48,6 %	55,3 %	51,6 %	54,2 %	51,1 %	51,8 %
Wohnen, Wohnungsmarkt	51,0 %	54,2 %	46,7 %	51,5 %	48,6 %	55,0 %	47,1 %	52,8 %	52,2 %	53,8 %	47,1 %
Gesundheit	48,2 %	50,6 %	45,0 %	45,5 %	60,6 %	45,1 %	51,1 %	40,0 %	53,1 %	50,6 %	47,5 %
Soziales, soziale Absicherung	46,3 %	47,6 %	44,7 %	44,4 %	55,0 %	43,6 %	48,9 %	42,5 %	44,3 %	47,2 %	48,8 %
Digitalisierung	45,7 %	52,4 %	36,5 %	45,8 %	45,0 %	51,2 %	40,4 %	61,5 %	51,9 %	49,0 %	31,6 %
Haushalt, Finanzen und Steuern	37,3 %	39,4 %	34,5 %	35,7 %	44,8 %	38,2 %	36,5 %	23,1 %	43,6 %	40,6 %	38,0 %
Innere Sicherheit	35,4 %	34,4 %	36,6 %	32,3 %	48,9 %	35,7 %	35,0 %	35,8 %	36,0 %	30,5 %	38,6 %
Wirtschaft, Arbeitsmarkt	34,9 %	33,1 %	37,5 %	32,7 %	44,9 %	37,2 %	32,8 %	32,6 %	35,7 %	38,7 %	32,8 %
Verkehr	31,6 %	37,2 %	24,0 %	31,4 %	32,6 %	34,1 %	29,2 %	35,2 %	28,4 %	37,5 %	27,1 %
Gleichberechtigung	29,6 %	30,1 %	28,8 %	29,5 %	29,7 %	23,7 %	35,1 %	43,4 %	31,4 %	28,8 %	22,3 %
Europa, Europäische Integration	25,3 %	29,6 %	19,5 %	24,6 %	28,6 %	26,9 %	23,8 %	20,0 %	26,5 %	30,4 %	23,2 %
Außenpolitik	25,2 %	31,1 %	17,3 %	23,5 %	33,1 %	26,0 %	24,5 %	21,7 %	23,3 %	25,9 %	27,6 %
Familie	25,0 %	24,9 %	25,1 %	23,5 %	32,0 %	21,9 %	28,0 %	22,7 %	35,7 %	25,3 %	19,7 %

	Befragte nach Parteineigung					
	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP	AfD
Umwelt- und Klimaschutz	56,2 %	55,9 %	83,6 %	40,6 %	40,2 %	29,8 %
Flüchtlingspolitik, Integration	63,4 %	47,1 %	49,9 %	51,8 %	59,2 %	89,5 %
Rente	71,7 %	56,0 %	48,4 %	48,9 %	57,8 %	66,7 %
Bildung	60,7 %	50,5 %	63,2 %	42,9 %	51,5 %	41,5 %
Bekämpfung der Corona-Pandemie	55,3 %	60,8 %	56,5 %	45,7 %	49,0 %	40,4 %
Wohnen, Wohnungsmarkt	67,2 %	51,9 %	61,0 %	41,6 %	50,8 %	30,5 %
Gesundheit	54,8 %	50,4 %	49,2 %	43,3 %	47,9 %	53,7 %
Soziales, soziale Absicherung	71,8 %	53,4 %	51,7 %	34,1 %	33,9 %	45,6 %
Digitalisierung	45,4 %	43,6 %	57,8 %	39,7 %	47,1 %	31,1 %
Haushalt, Finanzen und Steuern	38,5 %	36,0 %	33,5 %	33,5 %	57,4 %	44,4 %
Innere Sicherheit	34,4 %	34,1 %	29,1 %	33,9 %	43,4 %	51,4 %
Wirtschaft, Arbeitsmarkt	38,2 %	37,8 %	36,5 %	24,5 %	39,9 %	49,5 %
Verkehr	34,3 %	27,0 %	46,9 %	22,3 %	32,8 %	19,1 %
Gleichberechtigung	24,2 %	33,9 %	47,7 %	18,5 %	22,7 %	15,5 %
Europa, Europäische Integration	28,2 %	19,6 %	28,1 %	24,7 %	33,3 %	21,5 %
Außenpolitik	24,2 %	23,7 %	25,7 %	19,7 %	34,7 %	27,4 %
Familie	37,0 %	27,4 %	23,3 %	22,3 %	27,5 %	24,6 %

Tabelle 2: Abweichungen vom allgemeinen Durchschnitt
(jeweilige Werte minus Wert »Gesamt«)

	Pol. Interesse		Region		Geschlecht		Altersgruppen: von – bis Jahre			
	Ja	Nein	West	Ost	Männer	Frauen	16-29	30-44	45-59	60 u. äl.
Umwelt- und Klimaschutz	6,4 %	-8,7 %	1,6 %	-7,5 %	-3,5 %	3,2 %	4,2 %	-2,2 %	6,1 %	-5,7 %
Flüchtlingspolitik, Integration	-1,0 %	1,2 %	-2,5 %	11,0 %	2,9 %	-2,8 %	-8,2 %	2,1 %	1,8 %	1,3 %
Rente	-2,6 %	3,5 %	-1,3 %	5,7 %	-0,3 %	0,3 %	-12,5 %	-1,4 %	2,9 %	4,7 %
Bildung	1,0 %	-1,3 %	-2,5 %	11,2 %	0,7 %	-0,6 %	7,3 %	7,3 %	-1,1 %	-7,6 %
Bekämpfung der Corona-Pandemie	0,2 %	-0,3 %	-2,8 %	12,6 %	-3,5 %	3,2 %	-0,5 %	2,1 %	-1,0 %	-0,3 %
Wohnen, Wohnungsmarkt	3,2 %	-4,3 %	0,5 %	-2,4 %	4,0 %	-3,9 %	1,8 %	1,2 %	2,8 %	-3,9 %
Gesundheit	2,4 %	-3,2 %	-2,7 %	12,4 %	-3,1 %	2,9 %	-8,2 %	4,9 %	2,4 %	-0,7 %
Soziales, soziale Absicherung	1,3 %	-1,6 %	-1,9 %	8,7 %	-2,7 %	2,6 %	-3,8 %	-2,0 %	0,9 %	2,5 %
Digitalisierung	6,7 %	-9,2 %	0,1 %	-0,7 %	3,5 %	-5,3 %	15,8 %	6,2 %	3,3 %	-14,1 %
Haushalt, Finanzen und Steuern	2,1 %	-2,8 %	-1,6 %	7,5 %	0,9 %	-0,8 %	-14,2 %	6,3 %	3,3 %	0,7 %
Innere Sicherheit	-1,0 %	1,2 %	-3,1 %	13,5 %	0,3 %	-0,4 %	0,4 %	0,6 %	-4,9 %	3,2 %
Wirtschaft, Arbeitsmarkt	-1,8 %	2,6 %	-2,2 %	10,0 %	2,3 %	-2,1 %	-2,3 %	0,8 %	3,8 %	-2,1 %
Verkehr	5,6 %	-7,6 %	-0,2 %	1,0 %	2,5 %	-2,4 %	3,6 %	-3,2 %	5,9 %	-4,5 %
Gleichberechtigung	0,5 %	-0,8 %	-0,1 %	0,1 %	-5,9 %	3,5 %	13,8 %	1,8 %	-0,8 %	-7,3 %
Europa, Europäische Integration	4,3 %	-5,8 %	-0,7 %	3,3 %	1,6 %	-1,5 %	-5,3 %	1,2 %	5,1 %	-2,1 %
Außenpolitik	5,9 %	-7,9 %	-1,7 %	7,9 %	0,8 %	-0,7 %	-3,5 %	-1,9 %	0,7 %	2,4 %
Familie	-0,1 %	0,1 %	-1,5 %	7,0 %	-3,1 %	3,0 %	-2,3 %	10,7 %	0,3 %	-5,3 %

	Befragte nach Parteineigung					
	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP	AfD
Umwelt- und Klimaschutz	0,8 %	0,5 %	28,2 %	-14,8 %	-15,2 %	-25,6 %
Flüchtlingspolitik, Integration	8,5 %	-7,8 %	-5,0 %	-3,1 %	4,3 %	34,6 %
Rente	17,8 %	2,1 %	-5,5 %	-5,0 %	3,9 %	12,8 %
Bildung	8,3 %	-1,9 %	10,8 %	-9,5 %	-0,9 %	-10,9 %
Bekämpfung der Corona-Pandemie	3,2 %	8,7 %	4,4 %	-6,4 %	-3,1 %	-11,7 %
Wohnen, Wohnungsmarkt	16,2 %	0,9 %	10,0 %	-9,4 %	-0,2 %	-20,5 %
Gesundheit	6,6 %	2,2 %	1,0 %	-4,9 %	-0,3 %	5,5 %
Soziales, soziale Absicherung	25,5 %	7,1 %	5,4 %	-12,2 %	-12,4 %	-0,7 %
Digitalisierung	-0,3 %	-2,1 %	12,1 %	-6,0 %	1,4 %	-14,6 %
Haushalt, Finanzen und Steuern	1,2 %	-1,3 %	-3,8 %	-3,8 %	20,1 %	7,1 %
Innere Sicherheit	-1,0 %	-1,3 %	-6,3 %	-1,5 %	8,0 %	16,0 %
Wirtschaft, Arbeitsmarkt	3,3 %	2,9 %	1,6 %	-10,4 %	5,0 %	14,6 %
Verkehr	2,7 %	-4,6 %	15,3 %	-9,3 %	1,2 %	-12,5 %
Gleichberechtigung	-5,4 %	4,3 %	18,1 %	-11,1 %	-6,9 %	-14,1 %
Europa, Europäische Integration	2,9 %	-5,7 %	2,8 %	-0,6 %	8,0 %	-3,8 %
Außenpolitik	-1,0 %	-1,5 %	0,5 %	-5,5 %	9,5 %	2,2 %
Familie	12,0 %	2,4 %	-1,7 %	-2,7 %	2,5 %	-0,4 %

Tabelle 3: Abweichungen Parteinigung »LINKE« (Werte »LINKE« minus jeweilige Werte)

	Befragte n	Politisches Interesse		Region		Geschlecht	
	Gesamt	Ja	Nein	West	Ost	Männer	Frauen
Umwelt- und Klimaschutz	0,8 %	-5,6 %	9,5 %	-0,8 %	8,3 %	4,3 %	-2,4 %
Flüchtlingspolitik, Integration	8,5 %	9,5 %	7,3 %	11,0 %	-2,5 %	5,6 %	11,3 %
Rente	17,8 %	20,4 %	14,3 %	19,1 %	12,1 %	18,1 %	17,5 %
Bildung	8,3 %	7,3 %	9,6 %	10,8 %	-2,9 %	7,6 %	8,9 %
Bekämpfung der Corona-Pandemie	3,2 %	3,0 %	3,5 %	6,0 %	-9,4 %	6,7 %	0,0 %
Wohnen, Wohnungsmarkt	16,2 %	13,0 %	20,5 %	15,7 %	18,6 %	12,2 %	20,1 %
Gesundheit	6,6 %	4,2 %	9,8 %	9,3 %	-5,8 %	9,7 %	3,7 %
Soziales, soziale Absicherung	25,5 %	24,2 %	27,1 %	27,4 %	16,8 %	28,2 %	22,9 %
Digitalisierung	-0,3 %	-7,0 %	8,9 %	-0,4 %	0,4 %	-5,8 %	5,0 %
Haushalt, Finanzen und Steuern	1,2 %	-0,9 %	4,0 %	2,8 %	-6,3 %	0,3 %	2,0 %
Innere Sicherheit	-1,0 %	0,0 %	-2,2 %	2,1 %	-14,5 %	-1,3 %	-0,6 %
Wirtschaft, Arbeitsmarkt	3,3 %	5,1 %	0,7 %	5,5 %	-6,7 %	1,0 %	5,4 %
Verkehr	2,7 %	-2,9 %	10,3 %	2,9 %	1,7 %	0,2 %	5,1 %
Gleichberechtigung	-5,4 %	-5,9 %	-4,6 %	-5,3 %	-5,5 %	0,5 %	-10,9 %
Europa, Europäische Integration	2,9 %	-1,4 %	8,7 %	3,6 %	-0,4 %	1,3 %	4,4 %
Außenpolitik	-1,0 %	-6,9 %	6,9 %	0,7 %	-8,9 %	-1,8 %	-0,3 %
Familie	12,0 %	12,1 %	11,9 %	13,5 %	5,0 %	15,1 %	9,0 %

	Altersgruppen: von – bis Jahre			
	16-29	30-44	45-59	60 u. ält.
Umwelt- und Klimaschutz	-3,4 %	3,0 %	-5,3 %	6,5 %
Flüchtlingspolitik, Integration	16,7 %	6,4 %	6,7 %	7,2 %
Rente	30,3 %	19,2 %	14,9 %	13,1 %
Bildung	0,5 %	0,5 %	9,4 %	15,9 %
Bekämpfung der Corona-Pandemie	3,7 %	1,1 %	4,2 %	3,5 %
Wohnen, Wohnungsmarkt	14,4 %	15,0 %	13,4 %	20,1 %
Gesundheit	14,8 %	1,7 %	4,2 %	7,3 %
Soziales, soziale Absicherung	29,3 %	27,5 %	24,6 %	23,0 %
Digitalisierung	-16,1 %	-6,5 %	-3,6 %	13,8 %
Haushalt, Finanzen und Steuern	15,4 %	-5,1 %	-2,1 %	0,5 %
Innere Sicherheit	-1,4 %	-1,6 %	3,9 %	-4,2 %
Wirtschaft, Arbeitsmarkt	5,6 %	2,5 %	-0,5 %	5,4 %
Verkehr	-0,9 %	5,9 %	-3,2 %	7,2 %
Gleichberechtigung	-19,2 %	-7,2 %	-4,6 %	1,9 %
Europa, Europäische Integration	8,2 %	1,7 %	-2,2 %	5,0 %
Außenpolitik	2,5 %	0,9 %	-1,7 %	-3,4 %
Familie	14,3 %	1,3 %	11,7 %	17,3 %

	Parteinigung				
	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP	AfD
Umwelt- und Klimaschutz	0,3 %	-27,4 %	15,6 %	16,0 %	26,4 %
Flüchtlingspolitik, Integration	16,3 %	13,5 %	11,6 %	4,2 %	-26,1 %
Rente	15,7 %	23,3 %	22,8 %	13,9 %	5,0 %
Bildung	10,2 %	-2,5 %	17,8 %	9,2 %	19,2 %
Bekämpfung der Corona-Pandemie	-5,5 %	-1,2 %	9,6 %	6,3 %	14,9 %
Wohnen, Wohnungsmarkt	15,3 %	6,2 %	25,6 %	16,4 %	36,7 %
Gesundheit	4,4 %	5,6 %	11,5 %	6,9 %	1,1 %
Soziales, soziale Absicherung	18,4 %	20,1 %	37,7 %	37,9 %	26,2 %
Digitalisierung	1,8 %	-12,4 %	5,7 %	-1,7 %	14,3 %
Haushalt, Finanzen und Steuern	2,5 %	5,0 %	5,0 %	-18,9 %	-5,9 %
Innere Sicherheit	0,3 %	5,3 %	0,5 %	-9,0 %	-17,0 %
Wirtschaft, Arbeitsmarkt	0,4 %	1,7 %	13,7 %	-1,7 %	-11,3 %
Verkehr	7,3 %	-12,6 %	12,0 %	1,5 %	15,2 %
Gleichberechtigung	-9,7 %	-23,5 %	5,7 %	1,5 %	8,7 %
Europa, Europäische Integration	8,6 %	0,1 %	3,5 %	-5,1 %	6,7 %
Außenpolitik	0,5 %	-1,5 %	4,5 %	-10,5 %	-3,2 %
Familie	9,6 %	13,7 %	14,7 %	9,5 %	12,4 %